

Politische Reaktionen auf den Amoklauf in Erfurt

Bereits **kurz vor dem Amoklaufs** wurden die **Waffenbestimmungen verschärft**. Doch sozusagen als eine **Reaktion auf den Amoklauf** forderte der Kanzler Schröder eine nochmalige **genaue Überarbeitung des Falles**. Es sollen besonders die **Gewaltdarstellungen in den elektronischen Medien nochmals untersucht** werden. So soll zum Beispiel das Spiel **Counter-Strike erst ab 18 Jahren freigegeben** werden zudem sollen nochmals die **Waffengesetze nochmals verschärft** werden. In diesem Punkt sind sich die **beiden großen Parteien einig**. Doch in der Ausführung gibt es Uneinigkeiten.

Innenminister Schily forderte das **generelle Verbot der Abgabe von großkalibrigen Waffen**, eine Schärfere **Kontrolle der Aufbewahrungsbedingungen** und ein **Herabsetzen der Altersgrenze zum Erwerb von Schusswaffen von bisher 18 auf 21 Jahre**. Die CDU/CSU Fraktion forderte sogar **25 Jahre**.

Streik der IG – Metall

Am 1. Mai setzte der **Kanzler noch auf die Vernunft der streitenden Parteien**, doch nachdem vor einigen Tagen sich die **IG-Metall die Urabstimmung durchgeführt** hatte und diese mit einer **Zustimmung von 90%** für den Streik ausgefallen ist und die beiden Partei sich bis jetzt **noch nicht geeinigt haben**, haben die **Streiks am Montag begonnen**. Hierbei handelt es sich aber nicht um einen **normalen Flächenstreik, sondern um einen Flexi-Streik**. Bei dieser Art von Streik werden die Betriebe nicht für mehrere Wochen bestreikt, sondern es gibt **jeweils nur unangekündigte Tagesstreike**. Diese Streiks sollen den etwa 20 betroffenen Betrieben nur **geringe Gewinneinbuße** diese aber über einen **längeren Zeitraum** beibringen. Außerdem soll das **Just-in-Time** Konzept der größere Automobilekonzerne, die Sofortige Verarbeitung der gelieferten Produkte, nicht zu stark gestört werden, da sonst **die komplette Arbeit lahmgelegt werden würde**. In diesem Falle wären die Betriebe **nicht mehr verpflichtet Löhne zu zahlen**, was selbstverständlich nicht im Sinne der Streikenden ist.

Bundesparteitag der Grünen in Wiesbaden

Mit **großer Mehrheit verabschiedeten** die 750 Delegierten das **Wahlprogramm zur ökologischen und sozialen Erneuerung** des Landes. In diesem Wahlprogramm sollen die **Schwerpunkte auf der Familienpolitik und der Europäischen Integration** liegen. Außerdem halten die Grünen an einer **weiteren Erhöhung der Ökosteuer** fest.

Zudem wollen sie an der **Partnerschaft mit der SPD beibehalten** und streben eine **Wahlquote von 8 + x Prozent** an.